



HESSISCHER LANDTAG

11. 04. 2022

INA

Dringlicher Berichts Antrag

Torsten Felstehausen (DIE LINKE) und Fraktion

Weitere rechtsradikale, neonazistische und sexistische Polizeichats und Ermittlungsverfahren gegen Polizeibeamte sowie Umgang des Innenministers damit

Nach bereits über 100 Vorkommnissen in der hessischen Polizei, bei denen Straf- und Disziplinarverfahren wegen rechtsradikaler, rassistischer und sexistischer Äußerungen und Betätigungen durch Polizeibedienstete eingeleitet und Seitens des Innenministers vollständige Aufklärung, Maßnahmen sowie eine „neue Fehlerkultur“ angekündigt wurden, veröffentlichte die Frankfurter Rundschau am vergangenen Freitag den 8.4.2022 erneut zahlreiche Vorwürfe gegen hessische Polizeibeamte („Frankfurter Rundschau“, Pit von Bebenburg: „Erneut rechtsextreme Chats bei Hessens Polizei aufgetaucht“).

Demnach sollen sich Polizeibeamte des Polizeipräsidiums Südhessen in den Jahren 2019 und 2020, also schon in der Zeit, als zahlreiche Vorwürfe gegen andere Polizeibedienstete in der Öffentlichkeit waren, im Dienst und Chatgruppen nationalsozialistisch, rassistisch, beleidigend und sexistisch verhalten und geäußert haben. Zudem gebe es Hinweise auf „Körperverletzung und unsachgemäßen Umgang mit Waffen und Munition. Innenminister Peter Beuth (CDU) hatte die Obleute der Fraktionen über die Vorwürfe informiert – allerdings erst am Mittwoch, nachdem ihm eine Anfrage der „Frankfurter Rundschau“ vorgelegen hatte. (...) das Landeskriminalamt (LKA) und die Staatsanwaltschaft waren laut dem Polizeipräsidium Südhessen seit Januar 2021 über die Vorwürfe informiert.“

Die Landesregierung wird ersucht, im Innenausschuss über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Was kann die Landesregierung im Weiteren über den Fall berichten, insbesondere
 - a) wegen welcher Straftaten wird seit wann gegen wie viele Polizeibedienstete ermittelt;
 - b) gibt es Ermittlungen gegen weitere Personen wegen „Geheimnisverrats“ und wenn ja seit wann, gegen wie viele Personen und warum?
2. Wann wurden erstmals die Vorwürfe gemeldet/bekannt:
 - a) In der betroffenen Dienststelle;
 - b) im PP-Südhessen;
 - c) im Innenministerium
 - d) beim Ansprechpartner der Polizei;
 - e) in der Staatskanzlei?
3. Wie viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer umfasste die betroffene Chatgruppe und wie viele Personen sind insgesamt involviert?
4. Waren unter den Teilnehmerinnen und Teilnehmern auch Personen außerhalb der betroffenen Dienststelle?
5. Trifft die Berichterstattung zu, wonach dem LKA und der Staatsanwaltschaft die Vorwürfe gegen die in Rede stehenden Beamten seit 2021 bekannt sind und wie ist der Stand der Verfahren?
6. Wann wurde das Hessische Ministerium des Inneren, insbesondere der Minister, hierüber informiert?
7. Wann wurde das Hessische Ministerium der Justiz, insbesondere die Ministerin hierüber informiert?

8. Wann wurden der Landtag und/oder die Öffentlichkeit hierüber informiert?
9. Ist es zutreffend, dass die Obleute des Innenausschusses erst dann unmittelbar in der Sache informiert wurden, als eine Presseanfrage der „Frankfurter Rundschau“ dazu vorlag?
10. In der letzten Sitzung des Innenausschusses stellte der Innenminister erneut die „abstrakten“ Zahlen zum Fortgang der straf- und disziplinarrechtlichen Ermittlungen gegen hessische Polizeibedienstete dar. Er machte dabei den Vorschlag, künftig nur noch in drei Monatsintervallen davon zu berichten. Waren die im Berichtsantrag genannten Fälle bei dem abstrakten Bericht bereits enthalten und warum hat der Minister den Fall nicht explizit berichtet?
11. Welche Bedeutung misst die Landesregierung diesem Vorgang vor dem Hintergrund einer immer wieder angekündigten „neuen Fehlerkultur“ im Ministerium und der hessischen Polizei bei?

Wiesbaden, 11. April 2022

Der Parlamentarische Geschäftsführer:
Torsten Felstehausen